



FRANKFURT magazin

8 CDU vor Ort

10 Kommunalwahlergebnis

21 Neue ehrenamtliche Stadträte der CDU

26 Studienbeiträge in Hessen



Kommunalwahl 2006

Eindrücke aus dem Wahlkampf

4



CDU-GRÜNE

Eckpunkte des Koalitionsvertrages

11



Ein starkes Team für unsere Stadt!

In diesem Heft – Die neue CDU-Fraktion im Römer und alle gewählten CDU-Ortsbeiräte

Nr. 2 Juni 2006



FRANKFURTmagazin

Titelbild:

McCann Erickson

Editorial 3

Thema

Eindrücke aus dem Kommunalwahlkampf 2006 4

Aus der Partei

CDU Frankfurt-Sachsenhausen besucht den neuen Portikus 8

Besuch des Lufthansazentrums am Frankfurter Flughafen 8

JU organisiert Fußballfest für 4.500 Eintracht-Fans 9

Kultusministerin Wolff stellt Unterrichtsgarantie Plus vor 9

Aus der Fraktion

CDU bleibt stärkste Kraft im Frankfurter Römer 10

Koalitionsvertrag – Auszüge – CDU/Die GRÜNEN 2006–2011 11

Die neue CDU-Fraktion im Römer 14

Ortsbeiratswahlen 2006 – CDU bleibt Sieger in den Stadtteilen 17

Ein Räpresentant mit viel Renommee 21

Magistratsbonus für die CDU 21

Kaffeetreff mit Frankfurter Körperbehinderten und deren Verbänden 22

Frische Primeln zum Weltfrauentag 22

Ortsumfahrung Praunheim entlastet auch Nordweststadt 23

Bequemes Einsteigen in die U-Bahn 23

Von der Spree an den Main 24

Ehrung für Rock-Veteranen Peter Gabriel 24

Nachruf – Gerd Riechemeier (1936–2006) 25

Studienbeiträge in Hessen – eine Investition in die Zukunft 26

Magazin fragt – Udo Corts antwortet 27

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisverband
und CDU-Fraktion
Frankfurt am Main

CDU-Kreisverband:
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 15 30 99-0
cdufrankfurtmain@t-online.de
www.cdu-ffm.de

CDU-Fraktion:
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Tel. (069) 13 87 28-0
post@cdu-fraktion-ffm.de
www.cdu-fraktion-ffm.de

Redaktion:

Thomas Feda (tf) (v. i. S. d. P. für Parteiteil),
Wolfram Roos (wr)

Joachim Rotberg (jr) (v. i. S. d. P. für Fraktionsteil)

Freie Autoren:

Ulf Homeyer (uh)

Konzept, Grafik und Produktion:

m/p/m DigitalAgentur
Tel. (06131) 95 69-20
www.digitalagentur-mpm.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wider.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 28. August 2006

▼ **Letzte Meldungen** ▼

Rudolf Friedrich zum 70. Geburtstag

Rudolf Friedrich wurde am 2. Juni 1936 als Sohn eines Schneidermeisters in Neudek, einem kleinen Bauerndorf im sudetendeutschen Kuhländchen, geboren.



Im Frankfurter Westen lebt er seit 34 Jahren, im Nordend war er 29 Jahre Landtagsabgeordneter, in Hessen ist er seit Jahrzehnten der politische Partner für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. 1999 wurde Friedrich von Ministerpräsidenten Koch zum Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen. Er war Vorsitzender des Landtagsunterausschusses Heimatvertriebene und Landesvorsitzender der CDU-Vereinigung »Union der Vertriebenen«.

Senioren-Union Hessen:

Alfons Gerling neuer Landesvorsitzender

Der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Alfons Gerling ist auf der Landesdelegiertenversammlung am 26. April 2006 in der Stadthalle Gelnhausen zum Landesvorsitzenden der Senioren-Union Hessen gewählt worden. Gerling wurde mit 100 Prozent der Stimmen gewählt. Er wird damit Nachfolger von Martina Leistenschneider, die nicht mehr für eine neue Amtszeit kandidierte.

Gerling ist 61 Jahre alt und seit 19 Jahren Mitglied des Hessischen Landtags.



Der neue Vorsitzende der Senioren-Union Hessen, Alfons Gerling MdL, bei seiner Rede auf der Landesdelegiertenversammlung in Gelnhausen.



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in diesem Heft möchten wir Sie vor allem über die für unsere Stadt Frankfurt am Main wichtigen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen mit den GRÜNEN informieren.

Die Verhandlungen mit den GRÜNEN waren, ganz im Gegensatz zu den Verhandlungen mit einer handlungsunwilligen und orientierungslosen SPD, von vertrauensvoller und konstruktiver Atmosphäre geprägt. Bei der Bewertung von Koalitionsvereinbarungen muss aber berücksichtigt werden, dass diese immer Kompromisse zwischen verschiedenen politischen Parteien und unterschiedlichen politischen Konzepten sind. In einer solchen Vereinbarung müssen alle beteiligten Parteien sich und ihre politischen Ziele wieder finden. Aus Sicht der Frankfurter CDU ist dies beim Koalitionsvertrag mit den GRÜNEN für die Wahlperiode 2006–2011 gelungen. Die Handschrift der Union ist deutlich zu erkennen. Die Ergebnisse im Koalitionsvertrag sind ein Erfolg. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft für eine pragmatische



Stadtpolitik in Frankfurt am Main erreicht. Es wurde deutlich, dass die Koalitionspartner sich mit Oberbürgermeisterin Petra Roth den Herausforderungen stellen und im Interesse der Stadt Frankfurt am Main und der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam den Erfolg wollen. Eine alternative Konstellation stand uns aufgrund der ablehnenden Haltung der SPD nicht zur Verfügung.

Dabei ist der Union besonders wichtig, dass Frankfurt in den nächsten fünf Jahren zu der Familienstadt in Deutschland wird. Wir werden gemäß Koalitionsvertrag unter anderem die Zahl der Kinderbetreuungsplätze für unter 3-Jährige und der Erzieherinnenstellen je Kindergarten-Gruppe erhöhen. Zum 1. Januar 2007 werden wir den Gewerbesteuerbesatz um 30 Punkte auf 460 senken und damit den Standort Frankfurt noch attraktiver machen – eine Kernforderung unseres Wahlprogramms. Ebenfalls zum Jahreswechsel werden 90 freiwillige Polizeihelfer in den Stadtteilen – etwa in den Parks – auf Streife gehen, um so die Sicherheit in Frankfurt zu verbessern. Ein Tunnel zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke wird am Ausgang des Römerbergs zum Mainufer eine Platzgestaltung ermöglichen, die als Uferanlage in Deutschland ihresgleichen suchen wird. Unter dem Motto »Zu Hause im Stadtteil« wird ein Investitionsprogramm für die Stadtteile aufgelegt und die Ortsbeiräte

werden ein eigenes Budget für kleinere Verschönerungsvorhaben erhalten. All dies sind Verhandlungserfolge der CDU.

Es liegt harte Arbeit vor uns: Die Führungsstärke und Kompetenz unserer Oberbürgermeisterin Petra Roth, die Dynamik und Erfahrung unserer Dezentralen Horst Hemzal und Edwin Schwarz sowie der designierten Dezentralen Uwe Becker, Boris Rhein und Prof. Dr. Felix Semmelroth bilden zusammen mit dem großen Engagement unserer ehrenamtlichen Stadträte und Stadtverordneten eine hervorragende Basis für eine gute Umsetzung des Koalitionsvertrages. Erfreulich ist

auch die erklärte Bereitschaft der FDP, die neue Römer-Koalition aus CDU und GRÜNEN konstruktiv zu unterstützen.

An dieser Stelle möchten wir uns auch bei allen Parteifreundinnen und Parteifreunden für das Engagement und den Einsatz in einem geschlossen und kämpferisch geführten Wahlkampf bedanken. Bei Wind und Wetter haben das Bekleben der Ständer und die Verteilaktionen von Informationsmaterial die Wahlhelfer stark gefordert. Der Wille zum Sieg ist bei allen Aktivitäten immer deutlich zum Ausdruck gekommen.

Insbesondere bedanken wir uns bei unserer Oberbürgermeisterin Petra Roth, die einen enormen Einsatz für die Frankfurter CDU geleistet hat. Diesen Einsatz werden wir ihr bei der OB-Direktwahl 2007 zurückgeben.

Wahlkämpfe sind bei aller Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden. Ohne die finanzielle Unterstützung unserer Kandidaten und Spender wäre der Wahlkampf in diesem Umfang nicht möglich gewesen. Dafür bedanken wir uns bei den Stadträten, Stadtverordneten, Ortsbeiräten, Mitgliedern und mehreren hundert Spendern recht herzlich!

Mit besten Grüßen

Ihre

Udo Corts MdL,
Kreisvorsitzender

Uwe Becker,
Fraktionsvorsitzender

Eindrücke aus dem Kommunalwahlkampf 2006

22. Dezember 2005: Eröffnung der Sympathiephase des Wahlkampfes Teil I



Bilder: Feda

Weihnachtsmotiv mit Oberbürgermeisterin Petra Roth auf einer Frankfurter Straßenbahn.

9. Januar 2006: Die Sympathiephase des Wahlkampfes Teil II



V. l. n. r.: Karl-Heinz Schüler, Werbemitteldisponent der Frankfurter CDU, und Kreisgeschäftsführer Thomas Feda beim symbolischen Plakattieren einer Großwerbefläche in der Frankfurter Innenstadt.



23. Januar 2006: »Sicherheit und Integration«



Alfons Gerling MdL überreicht dem Bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein eine Flasche original Frankfurter »Ebbelwoi«. Rechts im Bild: Der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Staatsminister Udo Corts. In seiner Rede über das Thema Sicherheit und Integration von Ausländern machte Beckstein deutlich, dass eine gelungene Integration nur unter der politischen Federführung der Union möglich ist.

1. Februar 2006: »Der künftige wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung«



Bild: Müller

V. l. n. r.: Uwe Becker, Vorsitzender der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Oberbürgermeisterin Petra Roth und Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Glos begeisterte die Zuhörer im Ratskeller des Römers mit seinen Ausführungen über die wirtschaftspolitischen Ziele der unionsgeführten Bundesregierung.

10. Februar 2006: Hessenschau im »Werbemittellager« der Frankfurter CDU



Rechts im Bild: Das »Urgestein« der Frankfurter CDU, Karl-Heinz Schüler, »Herr« über das CDU-Werbemittellager in Fechenheim und bei allen Wahlkampfveranstaltungen dabei. Zusammen mit seinem Sohn Karl-Reinhold und seinem Enkel Patrick organisiert er die Verteilung sämtlicher Werbemittel und Wahlplakate. Sogar der Hessische Rundfunk schaute bei ihm vorbei und ließ sich zeigen, wie das Werbemittellager einer Großstadtpartei aufgebaut ist.

14. Februar 2006: »Europäische Perspektiven und kommunale Entwicklung«



Der damalige Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Jochen Riebel, zusammen mit der bildungspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld. Bei der Veranstaltung im neu renovierten Literaturhaus wurde über die vielfältigen Auswirkungen von Gesetzgebungsverfahren und Förderungsprogrammen der EU diskutiert.



20. Februar 2006: »Das Geheime Netzwerk der Islamisten«



Im Frankfurter PresseClub setzten sich Erika Steinbach MdB und der Journalist Udo Ulfkotte, der zugleich Dozent für Spionage- und Terrorabwehr an der Universität Lüneburg ist, mit den Drahtziehern und Hintermännern der Islamisten-Szene in Deutschland und Frankfurt auseinander.

25. Februar 2006: Herzhafte Plakate zu einem ernsten Thema



V. l. n. r.: Die beiden CDU-Stadtbezirksverbandsvorsitzenden Jochem Heumann und Jan Schneider vor einem Wahlplakat der Frankfurter CDU, mit dem die »Angriffssphase« des Wahlkampfes eröffnet wurde. Auch wenn es eigentlich gut zum Frankfurter Faschingszug passte und bei den Passanten für Stimmung sorgte: Mit seinem rot-grünen Farbmuster sollte das Plakat vor einer möglichen linken Koalition warnen.



1. März 2006: Traditioneller Politischer Aschermittwoch



V. l. n. r.: Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU Deutschlands, und Kreisvorsitzender Udo Corts waren begeistert von der hervorragenden Stimmung beim diesjährigen Politischen Aschermittwoch im Bürgerhaus Harheim. Doch nicht nur das beliebte Heringessen und die Blasmusik des Harheimer Musikvereins sorgten für gute Stimmung. Vor allem die bundespolitische Bilanz von Pofalla sowie die Reden des Kreisvorsitzenden, des Spitzenkandidaten Uwe Becker und der Oberbürgermeisterin Petra Roth zogen die zahlreichen Gäste in den Bann.

6. März 2006: »Wie begeistert man (mehr) junge Menschen für Naturwissenschaften?«

3. März 2006: »Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf«



Gemeinsam für die Zukunft der Frankfurter Kinder. V. l. n. r.: Klaus-Peter Müller, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG, Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Uwe Becker, Vorsitzender der CDU-Stadtverordnetenfraktion, Oberbürgermeisterin Petra Roth. Bei einem Besuch des Betriebskindergartens »Kids & Co.« der Commerzbank stellte Müller ein viel beachtetes Konzept zur Kinderbetreuung und Unterstützung berufstätiger Eltern vor.



V. l. n. r.: Uwe Becker, Fraktionsvorsitzender, Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, und Prof. Dr. Matthias Wagner vom Institut für anorganische und analytische Chemie der Universität Frankfurt am Main. Deutschland hat zu wenig naturwissenschaftlichen Nachwuchs. Für die deutsche Wirtschaft und Wissenschaft wird diese Entwicklung einschneidende Folgen haben. Über diese Folgen und die Frage, in welcher Weise mehr Schüler für naturwissenschaftliche Fächer begeistert werden können, sprach Bundesministerin Dr. Annette Schavan. Eingebettet in die Veranstaltung war eine Schavovorlesung von Prof. Dr. Matthias Wagner. Mit »lautstarken« Experimenten verdeutlichte er den praktischen Nutzen der Naturwissenschaften.



7. März 2006: Die heiße Phase des Wahlkampfes hat begonnen



Einsatz großflächiger Wahlkampfplakate auf einem Frankfurter Linienbus der VGf.

8. März 2006: »Die Aufgaben der Integrationspolitik«



V. l. n. r.: Thomas Kirchner, Stadtverordneter, Kreisvorsitzender Udo Corts, Peter Müller, Ministerpräsident des Saarlandes, und Stadtrat Dr. Albrecht Magen, Integrationsdezernent der Stadt Frankfurt am Main. Die Frankfurter CDU ist sich ihrer Verantwortung bewusst: Frankfurt ist die deutsche Großstadt mit dem höchsten Anteil von Einwohnern nicht deutscher Herkunft. Das gute und friedliche Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern ist für die Stadt Frankfurt am Main von besonderer Bedeutung. Ministerpräsident Peter Müller zeigte nicht nur die Grundzüge einer unionsgeführten Integrationspolitik auf. Er verdeutlichte ebenso, dass die leistungsfähige Frankfurter Integrationspolitik eine Symbolbedeutung für ganz Deutschland hat.



9. März 2006: »Großstadtpolitik der Zukunft«

Links im Bild: Ole von Beust, Hamburgs Erster Bürgermeister, mit Spitzenkandidaten Uwe Becker. Seine Botschaft war klar: »Frankfurt verdient kein Mittelmaß!« Nachdrücklich wies von Beust darauf hin, dass Frankfurt zu den wirtschaftsstärksten Metropolen Europas zählt – mit ein Verdienst der Frankfurter CDU.

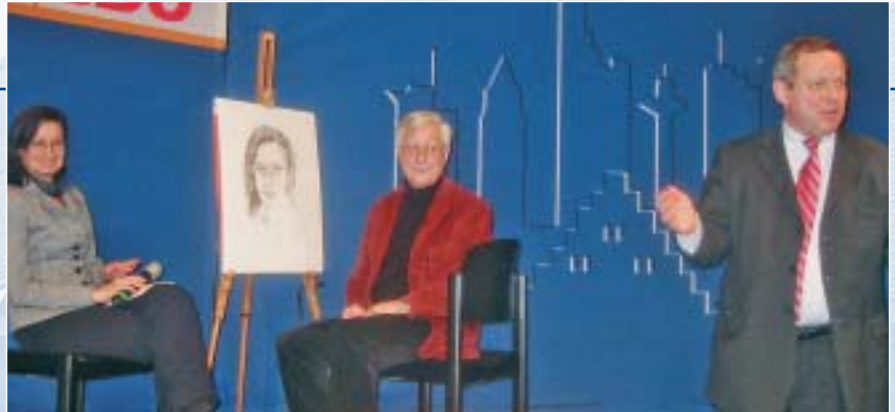


9. März 2006: »Für Frauen, die kein Stimmvieh sein wollen«



Links im Bild: Prof. Dr. Daniela Birkenfeld präsentiert ein Wahlplakat, mit dem die Frankfurter CDU auf einen geschmacklosen und sexistischen Kinospot der SPD zum Kommunalwahlkampf reagierte. Der Spot, in dem eine Kuh in roter Unterwäsche um die Gunst eines schwarzen Stiers buhlt, verärgerte viele Wählerinnen und Wähler.

15. März 2006: Ferry Ahrlé und Udo Corts: Kunst trifft Politik – Politik trifft Kunst



V. l. n. r.: Die zufällig ausgeloste Vorsitzende der CDU Seckbach, Marie José de Los Rios, wird vom Frankfurter Künstler Ferry Ahrlé porträtiert. Rechts im Bild: Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts moderiert eine ungewöhnliche Wahlkampfveranstaltung im Saalbau Südbahnhof. Im Mittelpunkt stand die Frage nach den Ursachen des spannungsreichen Verhältnisses zwischen Kunst und Politik.



16. März 2006: Koch und Becker bei Burger, Pommes und Politik



Links im Bild: Uwe Becker, Vorsitzender der CDU-Fraktion, und Ministerpräsident Roland Koch antworten auf die Fragen der Moderatoren vom Journal Frankfurt und dem Musiksender „planet radio“ im McDonald's-Restaurant an der Konstablerwache. Bei Hamburgern und Pommes frites konnten junge ausgeloste Wählerinnen und Wähler ungezwungen Fragen zu allen Themenbereichen an die beiden Politiker stellen.

20. März 2006: Die CDU als bestimmende Kraft der Stadtentwicklung



V. l. n. r.: Stadtrat Edwin Schwarz, Planungsdezernent der Stadt Frankfurt am Main, präsentiert zusammen mit Uwe Becker ein Modell der Frankfurter Altstadt. Bei ihrer Bilanzpressekonferenz über planungs- und städtebauliche Erfolge verdeutlichten beide Politiker: Die Frankfurter CDU war und ist die bestimmende politische Kraft bei der baulichen Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main.



21. März 2006: Petra Roth und Uwe Becker: Besuch bei den Einzelhändlern in der Nordweststadt



Zwei Politiker, die sich für den Frankfurter Einzelhandel einsetzen: Uwe Becker und Oberbürgermeisterin Petra Roth besuchten Einzelhändler im Nordwestzentrum und erkundigten sich vor Ort über deren Stimmung und alltäglichen Sorgen. Im Hintergrund zu sehen: Mitglieder des CDU-Wahlkampfteams.



Oberbürgermeisterin Petra Roth ließ es sich nicht nehmen, bei einem Imbissstand persönlich für das Wohl der Gäste zu sorgen.

25. März 2006: Abschluss des Wahlkampfes



Bis zum letzten Tag des Wahlkampfes standen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in auffälligen orangefarbenen Allwetterjacken am zentralen Infostand des Kreisverbandes. Die neue Werbeleinie war ein Erfolg. Die Frankfurter CDU präsentierte sich als moderne Großstadtpartei.



Aus der Partei

Das neue Wahrzeichen der Kulturmetropole Frankfurt: Der neue Portikus auf der Maininsel.

CDU Frankfurt-Sachsenhausen besucht den neuen Portikus

Es war schon ein besonderes Ereignis, als die 50 Freunde und Mitglieder der CDU Frankfurt-Sachsenhausen zusammen mit dem Vorsitzenden des Stadtbezirksverbandes, Jochem Heumann, den neuen Portikus auf der Maininsel an der Alten Brücke besichtigten. Und es war eine echte Premiere:

Als erste Besuchergruppe überhaupt durften die »Sachsenhäuser« das neue Kunstaustellungsgebäude auf der Maininsel an der Alten Brücke besichtigen. Sie wurden dabei von niemand geringerem als dem Bauherren persönlich, dem Frankfurter Stararchitekten Professor Christoph Mäckler, durch den eindrucksvollen Neubau geführt.

Bei der Besichtigung des Portikus, den Jochem Heumann als interessantesten Kunst-Ort Deutschlands und weltweit bekanntes Kunst-Highlight kennzeichnete, wurde deutlich, dass das neue »Wahrzeichen« Frankfurts auf der Maininsel ohne städtische Mittel finanziert wurde und demnächst sogar ein Pendant in Form eines Brückenturms erhalten wird.

Prof. Mäckler, der den Besuchern auf eindrucksvolle Weise die Historie des Baugrundes nahe brachte und die baugeschichtliche Bedeutung des Spitzdaches hervorhob, machte ebenso deutlich, dass ohne die politische Unterstützung der Frankfurter CDU dieses einmalige Bauprojekt kaum möglich gewesen wäre. Die weitergehende Förderung des Portikus und des neuen Brückenturms, so Mäckler, würden in Form eines neuen Brückenturms in die Hände der Frankfurter gelegt.

Gemeinsam ermunterten Heumann und Mäckler die Teilnehmer, in diesen Verein einzutreten oder diesen tatkräftig zu unterstützen. (wr)



Bild: Roos

Arbeitskreis Wirtschaft:

Besuch des Lufthansazentrums am Frankfurter Flughafen

Der Frankfurter Flughafen ist der größte Arbeitgeber Hessens und der Motor der Frankfurter Wirtschaft. In kaum einem anderen Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet werden mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen.



Das längste Passagierflugzeug der Welt: Ein Airbus A340-400, wird einer grundlegenden technischen Prüfung unterzogen.

Bild: Roos

Aus diesem Grund besuchte auch der Arbeitskreis Wirtschaft der Frankfurter CDU unter der Leitung von Charlotte Schmidt-Imhoff einen zentralen Bestandteil des Frankfurter Flughafens: Das Ausbildungs- und Wartungszentrum der Deutschen Lufthansa. Unter der fachkundigen Führung von Jürgen Hanisch, Flugkapitän a. D., bekamen die Mitglieder des Arbeitskreises einen einmaligen Einblick in das gesamte Areal der Lufthansa. Ebenso wurde ein beeindruckendes Bild der Herausforderungen des Flughafenbetriebs vermittelt. So begann die Führung im hochmodernen Ausbildungszentrum der Lufthansa, dessen Herzstück von mehreren Flugsimulatoren gebildet wird. Nachdem Flugkapitän Hanisch vor der Kulisse der Flugsimulatoren die hohen Anforderungen der größten deutschen Fluggesellschaft an die Aus- und Weiterbildung ihrer Piloten aufgezeigt hatte, führte er die Besuchergruppe in die Wartungshallen. Dort erfuhren die Teilnehmer von den ebenfalls hohen Ansprüchen der Lufthansa bei der Prüfung von Material und Technik. Hierbei wurde deutlich, dass der Frankfurter Flughafen wie kaum ein anderer Arbeitgeber im Rhein-Main Gebiet technisch anspruchsvolle und verantwortungsvolle Arbeitsplätze schafft. (wr)

JU organisierte Fußballfest für 4.500 Eintracht-Fans

Dass rund 4.500 Eintracht-Fans das DFB-Pokalendspiel am 29. April live auf der Konstablerwache sehen konnten, verdankten sie einem außergewöhnlichen Einsatz der JU Frankfurt sowie der Stadtverwaltung Frankfurt am Main: Denn erst am Mittwoch vor dem Pokalfinale hatte der JU-Vorsitzende Wolff Holtz erfahren, dass keine Übertragung des Pokalendspiels auf der Konstablerwache geplant war. »Das konnte nicht angehen, deshalb habe ich mit einigen JU-Vorstandskollegen sofort damit begonnen, die Leinwand, Genehmigungen, Sponsoren etc. zu organisieren«, so Holtz. Neben den Mitarbeitern des Ordnungsamtes half auch Oberbür-

germeisterin Petra Roth entscheidend mit: Ihr persönlicher Referent Prof. Dr. Felix Semmelroth bot in ihrem Auftrag an, dass die Stadt gerne als offizieller Veranstalter einspringen würde. Die Hörfunkwelle »YouFM« des hr warb für den Event genauso wie der Konkurrenzsender »Planet Radio«, der auch die Moderation und Musik in der Halbzeitpause übernahm. Aber auch der Verein »Zeil Aktiv« warb intensiv Sponsoren, die einen Großteil der Kosten für Leinwand und Fernsehrechte übernahmen. Den nicht durch die vielen Sponsoren abgedeckten Fehlbetrag von 1.500 Euro konnte die JU mit ihren beiden Bierständen,



Viele Frankfurter verfolgten das live an die Konstablerwache übertragene DFB-Pokalendspiel begeistert mit.

an denen die JU-Mitglieder ehrenamtlich Bier und Apfelwein ausschenkten, abdecken. Die Fans waren vom Spiel und der Übertragung begeistert und bescherten der Stadt einen einmaligen Fußballabend. (uh)

Kultusministerin Wolff stellt Unterrichtsgarantie Plus vor

Vor über 140 interessierten Lehrern, Eltern und Schülern hat die Hessische Kultusministerin Karin Wolff zusammen mit der Frankfurter Landtagsabgeordneten Gudrun Osterburg und der Vorsitzenden des Arbeitskreises Schule der Frankfurter CDU, Hella Welker, bei einer Informationsveranstaltung im Bürgerhaus Bornheim ihr neues Konzept »Unterrichtsgarantie Plus« für Hessens Schulen vorgestellt.

Im Rahmen ihrer Vorstellung des neuen Konzeptes machte Kultusministerin Wolff deutlich, dass ab dem Schuljahr 2006/07 für alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 1 bis 10 sowie der gymnasialen Oberstufe verlässliche Unterrichtszeiten zwischen der ersten und sechsten Schulstunde gewährleistet werden sollen. Vor allem kurzfristigen Unterrichtsausfall solle es aufgrund des neuen Konzeptes an hessischen Schulen künftig nicht mehr geben. Wolff stellte klar, dass durch die »Unterrichtsgarantie Plus« im Landeshaushalt zusätzliche Mittel in Höhe von 16 Millionen Euro für den Vertretungsunterricht bereitgestellt würden. Von den damit insgesamt 42 Millionen Euro, würden alleine 30 Millionen Euro direkt den Schulen zur Verfügung fließen, um unbürokratisch und flexibel vor allem kurzfristigen Vertretungsbedarf finanzieren zu können. (tf)



V. l. n. r.: Gudrun Osterburg MdL, Mitglied des schulpolitischen Ausschusses im Hessischen Landtag, Karin Wolff, Hella Welker, Vorsitzende des Arbeitskreises Schule der Frankfurter CDU.



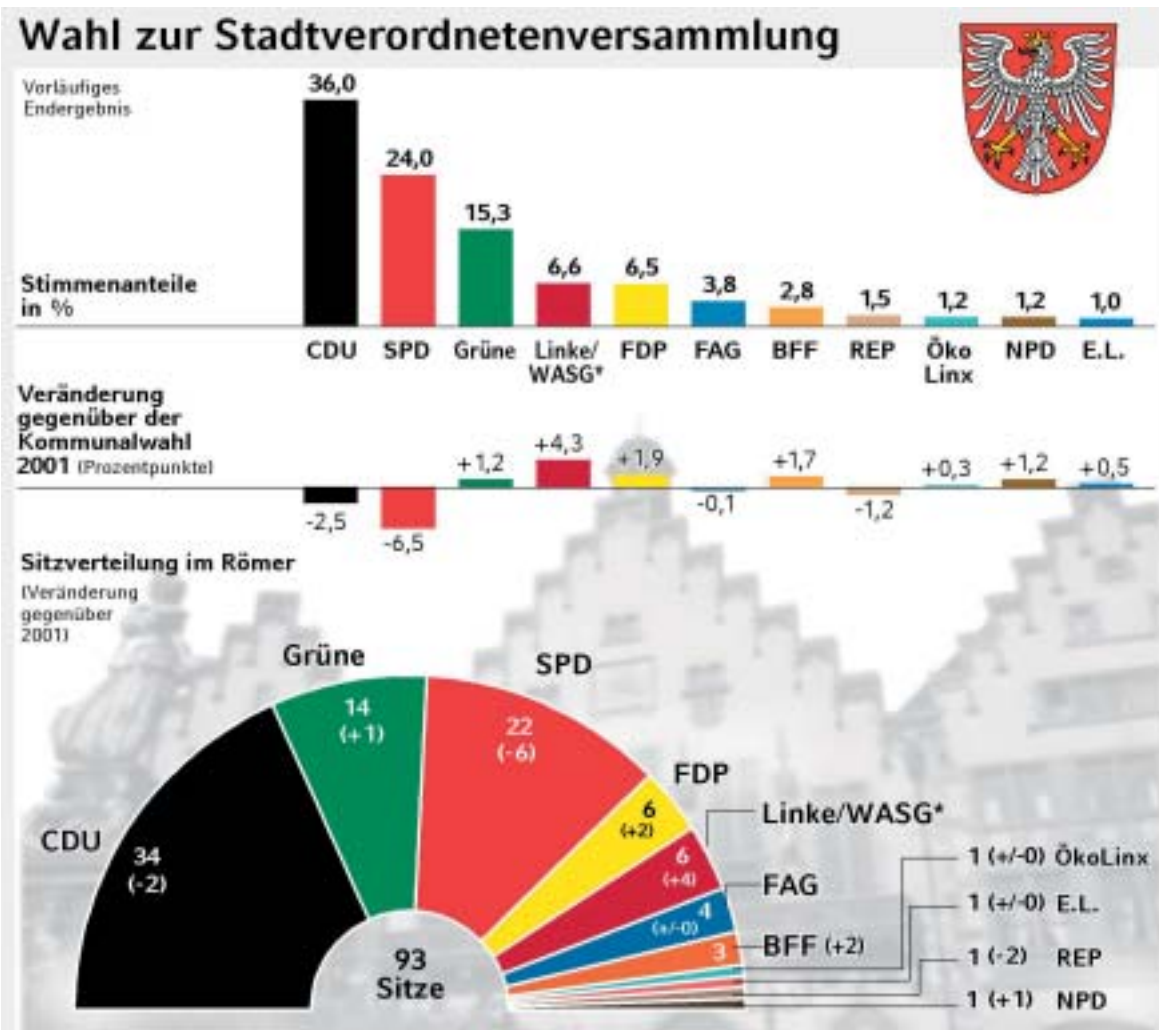
Aus der Fraktion

CDU bleibt stärkste Kraft im Frankfurter Römer

Von den rund 427.000 wahlberechtigten Frankfurterinnen und Frankfurtern haben gut 172.000 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 40,4 Prozent, 5,7 Prozent-Punkte weniger als bei der Kommunalwahl 2001. Die Zahl der Nicht-Wähler ist seit dem historischen Höchststand der Beteiligung bei einer Frankfurter Kommunalwahl im Jahre 1989 – damals gingen 77,2 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen – kontinuierlich gesunken. Schon 2001 verzeichnete das Wahlamt deutlich mehr Nicht-Wähler als Wähler. Der Rückgang gegen-

über 1997 betrug 2001 trotz gleichzeitig stattfindender OB-Direktwahl dramatische 14,4-Prozent-Punkte. Bei der Stadtverordnetenwahl stimmten in absoluten Zahlen 59.300 Wähler für die Union, ein Rückgang gegenüber 2001 um 11.300 (-16 Prozent). Nach Analyse des städtischen Wahlamtes hat die CDU jeden sechsten ihrer möglichen Wählerinnen und Wähler nicht erreicht. Jedoch konnte sie immerhin 70 Prozent ihres Potenzials der Bundestagswahl 2005 ausschöpfen, während die SPD nur 45 Prozent aus diesem Reservoir für sich verbuchen konnte. In ihren Hochbur-

gen, das sind 74 von insgesamt 451 Wahlbezirken, büßte die Union durchschnittlich ein und ging um 2,1-Prozent-Punkte auf 43,7 zurück während die SPD in den 37 Wahlbezirken, die als SPD-Bastionen gelten, um 8,4-Punkte auf 36,0 Prozent sank. Allerdings konnten auch Grüne und FDP, trotz prozentualer Gewinne, ihr Stammwählerpotenzial nicht vollständig mobilisieren. Die Sozialdemokraten sind jedoch die eigentlichen Verlierer, denn sie büßten sowohl im Trend der beiden Volksparteien Zustimmung ein und verloren gleichzeitig in größerem Umfang Wähler an die Linkspartei. (jr)



Fr-InfoGrafik

FAG: Flughafenbauegger
 BFF: Bürgerbündnis für Frankfurt-Freie Wähler
 E.L.: Europa Liste

* 2001: PDS 2,3%, 2 Sitze

Koalitionsvertrag – Auszüge – CDU/Die GRÜNEN 2006–2011

Präambel

Die Frankfurter Wählerinnen und Wähler haben bei der Kommunalwahl am 26. März 2006 entschieden, CDU und den GRÜNEN eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu geben. Wir nehmen diesen Wählerauftrag an. In einer Koalition wollen wir die Geschicke der Stadt lenken und Frankfurt weiterentwickeln.

Grundlage ist der Koalitionsvertrag. CDU und GRÜNE wollen Frankfurt für die Herausforderungen der Zukunft stärken. Dazu setzen wir deutlich neue eigene Akzente.

Bildung, Kultur und Freizeit

Frankfurt am Main soll in den nächsten fünf Jahren zu der Familienstadt in Deutschland werden. Wir werden die Zahl der Kinderbetreuungsplätze weiter erhöhen und zwar gerade auch für unter 3-jährige. Die Intensivierung und qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung ist ebenso Bestandteil dieses Konzepts wie das gebührenfreie Angebot des letzten vorschulischen Kindergartenjahres. Zu diesem Zweck werden die Erzieherinnen- und Erzieherstellen von 1,5 auf 2 je Kindergartengruppe erhöht.

Der Schulentwicklungsplan für allgemein bildende Schulen wird fortgeschrieben. Die breit gefächerte Bildungslandschaft Frankfurts mit Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ist dabei genauso zu sichern wie ein ausreichendes Angebot an kooperativen und integrierten Gesamtschulen. Die Hauptschulen werden dadurch besonders gefördert, dass hier überall Schulsozialarbeit und ganztägige Angebote etabliert werden. Für den Ausbau von Gesamtschulen werden vor dem Hintergrund einer gesamtstädtisch sinnvollen Schulorganisation sowohl der Elternwille als auch der Wille des jeweiligen Stadtteils, also der Ortsbeiräte, als Kriterien einbezogen. Auch das Angebot an Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung wird ausgebaut. Für einen modernen naturwissenschaftlichen Unterricht wollen wir ein neues Fachraumprogramm mit einem Volumen von 10 Millionen Euro auflegen. Zur deutlichen Verbesserung der baulichen Situation der Frankfurter Schulen ist ein Investitionsprogramm mit einem aufgestockten Bauunterhaltungsprogramm von jährlich 25 Millionen Euro vorgesehen.

Frankfurts Ansehen ist in hohem Maße durch sein Kulturangebot begründet. Keine andere Stadt verfügt über eine solche Vielfalt kultureller Einrichtungen: das Museumsufer, die Städtischen Bühnen, die Alte Oper, den Kunst-, Musik- und Literaturbereich. Dieses weite Spektrum wollen wir auf hohem Niveau gewährleisten und verstärkt profilieren. Wir sind überzeugt, dass Kultur von essenzieller Bedeutung für das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft ist, sowohl für die Einzelnen als auch für die Gemeinschaft. Außerdem ist Kultur ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Städte. In Frankfurt sind Schätze vorhanden, die teilweise noch nicht angemessen präsentiert werden.

Wir wollen Frankfurts Stellung als Sportstadt weiter festigen und allen Sporttreibenden sowohl im Vereins-, Leistungs- und Spitzensport als auch im Schul- und Breitensport gute Bedingungen bieten. Dazu gehört die verlässliche Förderung der zahlreichen Frankfurter Sportvereine genauso wie die Bereitstellung und der Ausbau der Infrastruktur im Bereich der Sport- und Freizeitanlagen.

Der Flohmarkt bleibt an seinem bisherigen Standort am Mainufer. Um die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner und der dortigen Museen stärker zu berücksichtigen, findet der Flohmarkt alle zwei Wochen statt.

Wirtschaft, Flughafen und Finanzen

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankfurts ist ein starker Flughafen unverzichtbar. Um im europäischen Wettbewerb nicht zurückzufallen und die Position als führender Luftverkehrsstandort in Deutschland zu behalten, muss der Flughafen angesichts massiver Konkurrenz seine Kapazitäten der internationalen Luftfahrtentwicklung anpassen. Dabei ist dem berechtigten Interesse der Menschen im Rhein-Main-Gebiet an einer lebenswerten Umwelt Rechnung zu tragen.

Beide Koalitionspartner erkennen den grundsätzlichen Dissens in dieser Frage an: Die CDU hält eine Ausweitung der Flughafenkapazitäten durch den Bau einer neuen Landebahn im Nordwesten für unabdingbar. Für DIE GRÜNEN ist eine Kapazitätserweiterung nur innerhalb der gegenwärtigen Flughafengrenzen akzeptabel.

Darüber hinaus wollen wir Frankfurt als internationalen Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort ausbauen. Die Rolle der Stadt als zentraler Finanzplatz in Deutschland und Europa ist zu stärken. Die Frankfurter Wirtschaftsförderung wird nach der bereits erfolgten Gründung der regionalen Standortmarketinggesellschaft zu einem leistungsfähigen Instrument auf lokaler Ebene ausgebaut.

Die Stadt wird ihre Möglichkeiten konsequent nutzen, um Firmen der Medien-, IT-, Umwelt- und Biotechnologiebranche sowie weitere



Bild: dpa

Dienstleistungsunternehmen in Frankfurt anzusiedeln. Daher werden wir die Gewerbesteuer zum 1. Januar 2007 um 30 Punkte auf 460 Punkte senken. Das schafft und sichert Arbeitsplätze. Die Zahl der gewerbesteuerzahlenden Betriebe soll auf Sicht wachsen und damit die Einnahmehbasis für diese Abgabe verbreitern.

Die städtischen Finanzen müssen auf Dauer konsolidiert werden. Freiwillige Leistungen der Stadt sind danach zu bewerten, ob sie politisch gewünschte Entwicklungen vorantreiben oder ob sie geeignet sind, als Prävention höhere Folgekosten zu vermeiden. Dies kann der Fall sein, wenn sie dem sozialen Zusammenhalt dienen oder die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Frankfurt stärken.

Zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Frankfurt wird ein kommunales Konjunkturprogramm aufgelegt, das alleine durch die Anhebung der Bauunterhaltung im Schulbereich einen Investitionsumfang von rund 30 Millionen Euro über die Wahlperiode besitzt. Dabei werden Investitionen in substanzerhaltende Bauvorhaben und den barrierefreien Umbau öffentlicher Gebäude vorgesehen. Bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge sollen alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um die Bewerbung der hier ansässigen kleineren und mittelständischen Unternehmen vermehrt zu fördern.

Stadtverwaltung, Verwaltungsreform

Unser Ziel ist es auch, die Stadtverwaltung zu modernisieren. Dabei wollen wir die Ämter neu strukturieren und Personalkosten reduzieren. Frei werdende Stellen im höheren Dienst sollen insbesondere im Rahmen eines Traineeprogrammes für Nachwuchskräfte besetzt werden.

In Wahrnehmung ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung geht die Stadt eine Selbstverpflichtung ein, weiterhin über ihren Bedarf hinaus auszubilden, allerdings ohne Übernahmegarantie für die Absolventinnen und Absolventen.

Soziales und Wohnen

Um Frankfurt weiterhin als soziale Stadt zu sichern, wird der »Vertrag für den Sozialen Frieden« fortgeschrieben. Seine Inhalte werden an den aktuellen sozialpolitischen Bedürfnissen und Entwicklungen bis 2011 und darüber hinaus ausgerichtet.

Dabei ist für uns die besondere Förderung von Familien und die Verbesserung der Kinder- und Jugendhilfe genauso wichtig wie die Anpassung der Altenpolitik an die demografische Entwicklung Frankfurts und eine Neukonzeption der Angebote in der Altenhilfe. Die Bürgerinnen und Bürger sollen in Würde alt werden und dazu gehört ein so lange wie möglich selbstbestimmtes Leben.

Bei Ausbildungs- und Beschäftigungsangeboten wird die Stadt Frankfurt ein spezielles Augenmerk darauf richten, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Um den Erfolg besser bewerten und gegebenenfalls gezielt Änderungen vornehmen zu können, wird wieder eine kommunale Arbeitsmarktberichterstattung eingeführt.

Um mehr familien- und seniorengerechte Wohnungen zu schaffen, werden die kommunalen Fördergelder um 10 Millionen Euro aufgestockt.

Zur Förderung des selbst genutzten Wohneigentums wird der Verkauf städtischer Wohnungen an Mieterinnen und Mieter fortgeführt. Eine Veräußerung städtischer Wohnungsbaugesellschaften oder von Teilen dieser Unternehmen an private Investoren ist dagegen ausgeschlossen.

Stadtentwicklung und Verkehr

Wir wollen Frankfurt mit seinem historisch gewachsenen Stadtbild, seiner funktionierenden Innenstadt und den lebendigen Stadtteilen schützen und gleichzeitig weiterentwickeln.

Die Attraktivität der Innenstadt soll durch eine Aufwertung des gesamten Areals zwischen Zeil und Mainufer in den nächsten fünf Jahren gestärkt werden. Um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu erhöhen, wird der Straßenabschnitt zwischen Katharinenkirche und Biebergasse zur Fußgängerzone umgestaltet. Das Erscheinungsbild der Zeil zwischen Hauptwache und Konstablerwache wird durch ein neues Gestaltungs- und Beleuchtungskonzept verbessert, das die Sanierung der bestehenden Pavillons einschließt und die charakteristischen Baumreihen weitestgehend erhält. Die nördliche Mainuferstraße (Mainkai/Untermainkai) wird zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke in einem Tunnel geführt. Dadurch entsteht oberirdisch am Eisernen Steg eine der schönsten Uferpromenaden Deutschlands. Die Altstadt Frankfurts rückt damit wieder an den Main.

Anstelle des heutigen Technischen Rathauses soll ein gemischtes, kleinteiliges und lebendiges Quartier mit vielen Wohnungen, aber auch mit Läden, Lokalen, kulturellen und sozialen Nutzungen entstehen. Die Stadt wird das Gelände zwischen Dom und Römer zurückkaufen. Dort werden, ausgerichtet am historischen Stadtgrundriss, möglichst kleine Grundstücke gebildet, damit viele verschiedene Stadthäuser realisiert werden können. Für die Neubebauung wird in Anlehnung an die bauliche Tradition der Frankfurter Altstadt eine Gestaltungssatzung erarbeitet.



tet, die Vorgaben zu Baumaterialien, Stockwerkshöhen und Dachformen macht. Einige historisch bedeutsame Gebäude sollen rekonstruiert und zeitgemäß genutzt werden. Der Archäologische Garten bleibt öffentlich zugänglich.

Unter dem Titel »Zu Hause im Stadtteil« wird ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der städtebaulichen Situation in den Frankfurter Stadtteilen aufgelegt.

Ein wesentlicher Aspekt der Stadtentwicklung ist die Verkehrspolitik. Hier wollen wir in den nächsten fünf Jahren für die zügige Verwirklichung wichtiger Verkehrsplanungen und -projekte sorgen.

Für die Entwicklungsperspektiven im motorisierten Individualverkehr, im Fuß- und Radverkehr sowie für die Mobilität mit Bussen und Bahnen bildet der beschlossene Gesamtverkehrsplan die Grundlage. Darüber hinaus wollen wir die Stadtbahn vom Güterplatz an oberirdisch weiter führen, um das Europaviertel zeitnah mit seiner städtebaulichen Entwicklung an das städtische ÖPNV-Netz anzubinden. Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Nahverkehrs in der Hanauer Landstraße wird die dort verlaufende Straßenbahntrasse unterirdisch unter dem Ratswegkreisel hindurch geführt. Priorität hat für uns die Straßenbahnverbindung Mörfelder Landstraße/Stresemannallee sowie das Konzept für Quartiersgaragen. Der Beschluss zur Verlängerung der U-Bahnstrecke von der Bockenheimer Warte nach Ginnheim wird aufgehoben. Die Anbindung des Riedbergs an das Stadtbahnnetz wird schnellstmöglich realisiert.

Umwelt und Gesundheit

Der Grüngürtel wird erhalten und aufgewertet. Dabei sollen die Verknüpfungen mit dem Regionalpark erweitert werden. Bei solchen Erweiterungen und bei Ausgleichsmaßnahmen für Versiegelungen durch Bauprojekte werden die Nutzflächen der Frankfurter Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe und ihre Bewirtschaftung gesichert.

Für die Pflege der Grünflächen, Parks, Wallanlagen und Spielplätze wird mehr Geld zur Verfügung gestellt, um sie in einem angemessenem Zustand zu erhalten.

Der Botanische Garten wird für die Frankfurter Bevölkerung erhalten und mit dem Palmengarten und Grüneburgpark entsprechend der jetzt vorgelegten Studie zum Frankfurter Gartenreich verknüpft.

Ein weiteres Ziel ist die Verringerung des Energieverbrauchs in der Stadt und eine Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Die städtischen Kliniken Höchst bleiben als gemeinnützige GmbH in kommunalem Eigentum und werden auf der Basis des vorliegenden Wirtschaftlichkeitsgutachtens weiterentwickelt. Die »Frankfurter Klinikallianz« als Kooperation der Krankenhäuser in öffentlicher Hand wird intensiviert und ausgeweitet.

In der Suchtpolitik wird der Frankfurter Weg fortgeführt. Dazu gehört unter anderem eine Ausweitung des im Bahnhofsviertel gestarteten Projektes »Offensive Sozialarbeit, Sicherheit, Intervention, Präven-

tion« auf andere Stadtteile, eine Erweiterung der Drogenpolitik um die Zuständigkeit für die legalen Süchte, eine Intensivierung der interdisziplinären Zusammenarbeit der Ämter, die bessere Vernetzung stationärer und ambulanter Suchthilfeangebote und die Erprobung neuer Methoden in der Suchthilfe.

Sicherheit

Frankfurt ist in den vergangenen Jahren deutlich sicherer geworden. Die Koalition wird den erfolgreichen Weg der Frankfurter Sicherheitspolitik in den nächsten fünf Jahren weiterbeschreiten und insbesondere die präventive Arbeit intensivieren.

Um vor allem in den äußeren Stadtteilen die Sicherheit weiter zu erhöhen und zusätzliche Präsenz von Sicherheitskräften zu erreichen, wird zum 1. Januar 2007 der frei-

willige Polizeidienst in einer Stärke von 90 Personen eingeführt. Bis dahin werden geeignete Personen ausgewählt und ausgebildet.

Die Hilfs- und Rettungsdienste, besonders Feuerwehr, freiwillige Feuerwehren und Technisches Hilfswerk, sind unverzichtbar zum Schutz vor Naturgewalten, aber auch zur Hilfe bei Unfällen oder gar Katastrophen. Die Stadt wird auch in Zukunft sicherstellen, dass die haupt- und ehrenamtlichen Helfer ihre Aufgaben erfüllen können.

Integration

Die erfolgreiche Integrationspolitik der Stadt Frankfurt wird fortgesetzt. Die Programme zum Erlernen der deutschen Sprache für Migrantenkinder und -eltern werden ebenso ausgebaut wie erforderliche Beratungsangebote. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund wird das Angebot an gezielten Qualifikations- und Beschäftigungsprojekten weiter verbessert. Im Gesundheitsbereich wird mehr interkulturelles Wissen verankert, Dolmetscherdienste und muttersprachliche Gesundheitsberatung sollen zum Standard werden. Die kulturelle Öffnung von Altenhilfeangeboten wird vorangetrieben.

Die soziale Lage von Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Frankfurt leben, soll durch geeignete Maßnahmen verbessert werden.

Ortsbeiräte

Die Ortsbeiräte erhalten ein nach der jeweiligen Einwohnerzahl gestaffeltes Budget zur eigenständigen Umsetzung kleinerer Verschönerungsvorhaben.

Das erfolgreiche Modell der Ortsdiener wird in ein eigenständiges Programm der Stadt überführt.



Die neue CDU-Fraktion im Römer

Durch »Kumulieren« und »Panaschieren« haben die Wählerinnen und Wähler einige Veränderungen am CDU-Wahlvorschlag vorgenommen. Den größten Sprung nach vorne machte Dr. Nina Teufel von Hallerstein von Platz 41 auf 19. Das Magazin stellt alle neu gewählten CDU-Stadtverordneten mit ihrem jeweiligen Stimmergebnis vor (Stand 31.05.2006). In Klammern ist die ursprüngliche Platzierung auf der CDU-Liste angegeben.



Uwe Becker
Platz 1 (1) 71.673 Stimmen
Alter: 36
Beruf: Bankkaufmann/Fraktionsgeschäftsführer
Stadtteil: Nieder-Eschbach
Ausschüsse: Wirtschaft/Frauen, Finanzen, Ältesten



Alexandra Prinzessin von Hannover
Platz 2 (3) 70.998 Stimmen
Alter: 68
Beruf: Hausfrau
Stadtteil: Niederrad
Ausschüsse: Kultur/Freizeit, Dom-Römer



Karlheinz Bührmann
Platz 3 (2) 67.516 Stimmen
Alter: 65
Beruf: Bundesbahnoberamtsrat (in Pension)
Stadtteil: Nied
Ausschüsse: Ältesten



Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
Platz 4 (5) 65.936 Stimmen
Alter: 46
Beruf: Juristin
Stadtteil: Bergen-Enkheim
Ausschüsse: Bildung/Integration, Kultur/Freizeit



Markus Frank
Platz 5 (6) 65.748 Stimmen
Alter: 36
Beruf: Selbständiger Kfz-Meister (Geschäftsführer)
Stadtteil: Sindlingen
Ausschüsse: Umwelt/Sport, Recht/Verwaltung/Sicherheit, Ältesten



Margrit Weißbach
Platz 6 (4) 63.202 Stimmen
Alter: 62
Beruf: Physiotherapeutin
Stadtteil: Sachsenhausen
Ausschüsse: Soziales/Gesundheit, Kultur/Freizeit



Michael zu Löwenstein
Platz 7 (10) 62.715 Stimmen
Alter: 55
Beruf: Rechtsanwalt
Stadtteil: Westend
Ausschüsse: Wirtschaft/Frauen, Finanzen



Helmut Heuser
Platz 8 (8) 62.691 Stimmen
Alter: 58
Beruf: Angestellter
Stadtteil: Schwanheim
Ausschüsse: Umwelt/Sport, Verkehr, Ältesten



Nikolaus Burggraf
Platz 9 (21) 62.179 Stimmen
Alter: 63
Beruf: Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht
Stadtteil: Ginnheim
Ausschüsse: Wirtschaft/Frauen, Finanzen



Jochem Heumann
Platz 11 (7) 61.779 Stimmen
Alter: 56
Beruf: Rechtsanwalt und Notar
Stadtteil: Sachsenhausen
Ausschüsse: Planung/Bau/Wohnungsbau, Kultur/Freizeit, Dom-Römer



Dr. Bernd Heidenreich
Platz 13 (14) 61.645 Stimmen
Alter: 50
Beruf: Direktor der hessischen Landeszentrale für politische Bildung
Stadtteil: Ginnheim
Ausschüsse: Bildung/Integration, Ältesten



Dr. Ilias Galanos
Platz 15 (11) 61.235 Stimmen
Alter: 59
Beruf: Biologe
Stadtteil: Ostend
Ausschüsse: Verkehr, Bildung/Integration, Umwelt/Sport



Stephan Siegler
Platz 16 (9) 61.065 Stimmen
Alter: 41
Beruf: Kriminalbeamter/ Stellv. Personalratsvorsitzender
Stadtteil: Riederwald
Ausschüsse: Soziales/Gesundheit, Recht/Verwaltung/Sicherheit



Klaus Vowinkel
Platz 17 (16) 60.841 Stimmen
Alter: 67
Beruf: Rechtsanwalt und Notar
Stadtteil: Ostend
Ausschüsse: Planung/Bau/Wohnungsbau, Kultur/Freizeit, Dom-Römer



Dr. Bernadette Weyland
Platz 18 (38) 60.782 Stimmen
Alter: 48
Beruf: Juristin
Stadtteil: Schwanheim
Ausschüsse: Bildung/Integration, Wirtschaft/Frauen



Dr. Nina Teufel von Hallerstein
Platz 19 (41) 60.278 Stimmen
Alter: 54
Beruf: Kulturanthropologin/Hausfrau
Stadtteil: Ginnheim
Ausschüsse: Bildung/Integration, Wirtschaft/Frauen



Martin Gerhardt
Platz 20 (13) 60.249 Stimmen
Alter: 59
Beruf: Außenhandelskaufmann
Stadtteil: Bornheim
Ausschüsse: Wirtschaft/Frauen, Umwelt/Sport



Wolff Holtz
Platz 21 (19) 60.201 Stimmen
Alter: 30
Beruf: Geschäftsführer
Stadtteil: Nordend
Ausschüsse: Planung/Bau/Wohnungsbau, Verkehr



Hilde Krauß
Platz 22 (17) 60.129 Stimmen
Alter: 59
Beruf: Betriebswirtin/
Geschäftsführerin
Stadtteil: Ostend
Ausschüsse: Soziales/Gesundheit,
Planung/Bau/Wohnungsbau



Anne Bender
Platz 23 (23) 60.008 Stimmen
Alter: 64
Beruf: Chemielaborantin
Stadtteil: Bergen-Enkheim
Ausschüsse: Verkehr, Planung/Bau/
Wohnungsbau



Astrid Heil
Platz 24 (24) 59.994 Stimmen
Alter: 50
Beruf: Rechtsanwältin
Stadtteil: Preungesheim
Ausschüsse: Soziales/Gesundheit, Verkehr



Dr. Horst Kraushaar
Platz 25 (25) 59.923 Stimmen
Alter: 59
Beruf: Ministerialdirigent
Stadtteil: Nordend
Ausschüsse: Planung/Bau/Wohnungsbau

Die neue Fraktion



Martin Daum
Platz 26 (30) 59.815 Stimmen
Alter: 43
Beruf: Personalreferent
Stadtteil: Nordweststadt/
Niederursel
Ausschüsse: Verkehr, Finanzen, Ältesten



Thomas Kirchner
Platz 27 (20) 59.714 Stimmen
Alter: 39
Beruf: Bankkaufmann
Stadtteil: Gallus/Gutleut
Ausschüsse: Bildung/Integration,
Dom-Römer, Finanzen



Günther Quirin
Platz 28 (28) 59.539 Stimmen
Alter: 54
Beruf: Beamter beim Bundeseisenbahnver-
mögen
Stadtteil: Harheim
Ausschüsse: Umwelt/Sport, Recht/Verwal-
tung/Sicherheit



Jan Dominik Schneider
Platz 29 (22) 59.349 Stimmen
Alter: 24
Beruf: Student der Rechtswissenschaft
Stadtteil: Kalbach
Ausschüsse: Planung/Bau/Wohnungsbau,
Verkehr



Patrick Schenk
Platz 30 (27) 59.230 Stimmen
Alter: 38
Beruf: Rechtsanwalt
Stadtteil: Rödelheim/Hausen
Ausschüsse: Kultur/Freizeit, Finanzen



Sybill Cornelia Meister
Platz 31 (26) 59.150 Stimmen
Alter: 46
Beruf: Dipl.-Ing. für Biomedizintechnik,
Wirtschaftsingenieurin
Stadtteil: Riederwald
Ausschüsse: Umwelt/Sport, Soziales/
Gesundheit



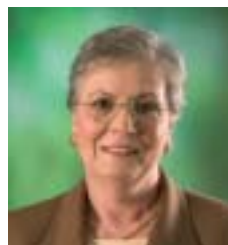
Karl Leo Schneeweis
Platz 32 (52) 58.914 Stimmen
Alter: 65
Beruf: Oberstudienrat i. R.
Stadtteil: Höchst/Unterliederbach
Ausschüsse: Bildung/Integration,
Umwelt/Sport



Lothar Stapf
Platz 33 (31) 58.743 Stimmen
Alter: 63
Beruf: Dipl.-Ing. Elektrotechnik,
selbständig
Stadtteil: Dornbusch
Ausschüsse: Planung/Bau/Wohnungsbau,
Verkehr



Dr. Walter Seubert
Platz 34 (37) 58.735 Stimmen
Alter: 31
Beruf: Jurist
Stadtteil: Praunheim
Ausschüsse: Soziales/Gesundheit,
Recht/Verwaltung/Sicherheit



Hildegard Burkert
Platz 35 (34) 61.913 Stimmen
Alter: 63
Beruf: Sozialarbeiterin
Stadtteil: Kuhwald
Ausschüsse: Umwelt/Sport, Soziales/
Gesundheit
Nachgerückt für Stadtrat Peter Mensinger



Christiane Loizides
Platz 36 (43) 61.679 Stimmen
Alter: 57
Beruf: Vors. Richterin am Verwaltungsgericht
Stadtteil: Innenstadt
Ausschüsse: Recht/Verwaltung/Sicherheit,
Soziales/Gesundheit
Nachgerückt für Stadtrat Dr. Lutz Raettig





Peter Reichwein
Platz 37 (40) 61.525 Stimmen
Alter: 45
Beruf: Kriminalhauptkommissar
Stadtteil: Sossenheim
Ausschüsse: Recht/Verwaltung/Sicherheit,
Bildung/Integration
Nachgerückt für Stadtrat Dr. Ralf-Norbert Bartelt



Ortsbeiratswahlen 2006 – CDU bleibt Sieger in den Stadtteilen



Neben den Stadtverordneten wurden bei den Kommunalwahlen am 26. März auch die Mitglieder der Ortsbeiräte gewählt. Die Größe des Ortsbeirates richtet sich nach der Einwohnerzahl im Ortsbezirk. Als stärkste Partei ging stadtweit die CDU mit 35,2 Prozent und 101 Mandaten aus den Ortsbeiratswahlen hervor. Die Union verlor im Vergleich zu 2001 dabei 3,6 Prozent und neun Mandate. Das Magazin stellt die gewählten CDU-Mandatsträger in den Ortsbeiräten vor.

Ortsbeirat 1



-  Wolfgang Kreckmann
(Ortsvorsteher)
-  Stephan Deusinger
(Fraktionsvorsitzender)



-  Katharina Wilhelm
-  Thomas Kirchner



-  Birgit Pangritz
-  Günter Weckener

Ortsbeirat 2



-  Axel Kaufmann
(Fraktionsvorsitzender)
-  Dietrich Wersche



-  Monika von Savigny
-  Georg Jacquemain



-  Wolf Freiherr von und zu Egloffstein
-  Christa Kasper

Ortsbeirat 3





-  Christian Falk
(Fraktionsvorsitzender)



-  Claudia Ehrhardt
-  Bettina Wiesmann

-  Wolff Holtz
-  Gabriele Hartwich-Westfeld

Ortsbeirat 4



-  Dr. Cornelia Kops
(Fraktionsvorsitzende)
-  Dr. Thomas Dürbeck

-  Rene Koch
-  Dr. Andreas Kühn

-  Sabine Fischer
-  Bodo Pfaff-Greiffenhagen

Ortsbeirat 5



Christian Becker
(Fraktionsvorsitzender)



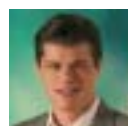
Heiko Henning



Kai-Sören Kehrmann



Hans-Günther Joras



Tobias Daubert



Eva Lang



Gerhard Lodowicks

Ortsbeirat 6



Manfred Lipp
(Ortsvorsteher)



Rainer Schwarzbach



Albrecht Fribolin



Markus Wagner



Uwe Serke



Jörg Löllmann



Hans Georg von Freyberg



Hans-Christoph Weibler

Ortsbeirat 7



Veljko Vuksanovic



Christian Wernet
(Ortsvorsteher)



Gerhard Bienroth



Dr. Oliver Kroneisen
(Fraktionsvorsitzender)



Julia Trinte-Brücher



Christine Mehrbach

Ortsbeirat 8



Klaus Nattrodt
(Ortsvorsteher)



Joachim Rotberg



Christiane Schubring
(Fraktionsvorsitzende)



Ilse Kerssebaum



Florian Schröder



Jürgen Bartoschek



Piet Henningsen

Ortsbeirat 9



Friedrich Hesse
(Ortsvorsteher)



Marcus Scholz



Nils Kößler
(Fraktionsvorsitzender)



Dr. Nina Teufel von Hallerstein



Stephan Hartung



Christiane Loizides



Dr. Christina Althen

Ortsbeirat 10



Robert Lange
(Ortsvorsteher)



Margarete Jensen



Dr. Karsten Meyerhoff
(Fraktionsvorsitzender)



Christine Emmerich



Jürgen Port



Oliver Krosch



Petra Breitzkreuz

Ortsbeirat 11



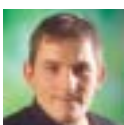
Johnny Zimmermann
(Ortsvorsteher)



Hans Mohr



Christel Ebisch
(Fraktionsvorsitzende)



Roland Ebisch



Simone Marxen



Ursula Winter



Sebastian Schugar

Ortsbeirat 12



Reinhard Triefenbach



Gisela Stamm
(Ortsvorsteherin)



Ingo Warnebold



Jan Schneider
(Fraktionsvorsitzender)

Ortsbeirat 13



Dr. Matthias Mehl
(Ortsvorsteher)



Claudia Müller



Dieter Lorenz
(Fraktionsvorsitzender)



Helmut Michel



Miriam Boiar

Ortsbeirat 14



Stefan Quirin



Bernd Kölling
(Fraktionsvorsitzender)



Dr. Dagmar Wendler



Edwin Schmidt

Ortsbeirat 15



Holger Dyhr
(Ortsvorsteher)



Michael Stauder
(Fraktionsvorsitzender)



Werner Ullrich



Ernst Müller



Werner Müller



Hermann Clemm



Dr. Jutta Mildner



Heike Stauder



Beate Lamb

Ortsbeirat 16



Markus Graff
(Ortsvorsteher)



Sabine Ackermann



Rolf Schwalbe
(Fraktionsvorsitzender)



Walter Fix



Rainer Hohmann



Dirk Müller Mamerow



Andreas Borger



Bild: Rotberg

Gratulierte Karlheinz Bührmann als erste Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Karlheinz Bührmann als Stadtverordnetenvorsteher wiedergewählt Ein Repräsentant mit viel Renommee

Bei nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung ist der CDU-Stadtverordnete Karlheinz Bührmann in der konstituierenden Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. April erneut zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt worden. Bührmann hatte dieses Amt bereits in der Wahlperiode 2001-2006 inne. Der Gewählte, seit 1977 Stadtverordneter, bedankte sich für die

eindrucksvolle Mehrheit und versprach bei der Ausübung seines Amtes »wie bisher die geforderte Neutralität walten zu lassen«. Bührmann, protokollarisch der Erste Bürger der Stadt, rief die Stadtverordneten zu disziplinierter Arbeit auf. Die niedrige Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl müsse alle Parlamentarier dazu anspornen, das Interesse an der Kommunalpolitik stärker zu we-

cken. Bührmanns Stellvertreter sind: Alexandra Prinzessin von Hannover (CDU), Dr. Renate Wolter-Brandecker (SPD), Ulrich Baier (GRÜNE) und Volker Stein (FDP). In das Präsidium entsendet die CDU-Fraktion außerdem die Stadtverordneten Hilde Krauß (Beisitzerin), Annerose Bender (Schriftführerin), Karl-Leo Schneeweis (Beisitzer) und Lothar Stapf (Schriftführer). (jr)

Union stellt künftig sechs ehrenamtliche Stadträte Magistratsbonus für die CDU

Die neue Stadtverordnetenversammlung wählte am 18. Mai in geheimer Wahl die 14 ehrenamtlichen Stadträte. Zusammen mit den hauptamtlichen Stadträten bilden sie den Magistrat der Stadt. Sie erfüllen in der Regel repräsentative Aufgaben, verfügen aber wie die Fachdezernenten über Sitz und Stimme in der Stadtregierung. Dr. Albrecht Magen leitet zudem als ehrenamtlicher Stadtrat das Dezernat Integration. Die neue schwarz-grüne Koalition stellt im ehrenamtlichen Magistrat aufgrund eines Passus im Hessischen Kommunalwahlgesetz die Mehrheit von acht Stadträtinnen und Stadträten. Der gemeinsame Listenvorschlag der CDU-Fraktion und der Fraktion Die GRÜNEN im Römer erzielte aus 93 Stimmen die erforderliche qualifizierte Mehrheit von 48 Stimmen. Zukünftig sind statt bisher fünf nunmehr sechs CDU-Stadträte im Gemeindevorstand vertreten. Nicht mehr kandidiert haben die langjährigen Stadträte Manfred Friedrich und Günter Weißenseel. (jr)



Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Alter: 49
Beruf: Niedergelassener Hautarzt



Elisabeth Haindl
Alter: 52
Beruf: Rechtsanwältin



Erika Pfreundschuh
Alter: 58
Beruf: Lfd. Verwaltungsdirektorin



Dr. Lutz Raettig
Alter: 63
Beruf: Banker



Dr. Albrecht Magen
Alter: 76
Beruf: Jurist



Peter Mensinger
Alter: 65
Beruf: Malermeister

Kaffeetreff mit Frankfurter Körperbehinderten



Im Gespräch mit der Fraternität (v. l.): Stadtverordneter Lothar Stapf, Jörg Noll (Vorstand Fraternität), Angelika Petragnano (Assistenz der Geschäftsführung), Heinz-Georg Bender (Geschäftsführer Fraternität), Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann Stadtverordneter Stephan Sieglar, Fraktionsvorsitzender Uwe Becker.

Auch in diesem Jahr hat die CDU-Fraktion wieder Frankfurter Körperbehinderte und deren Verbände zu einem gemütlichen Treffen bei Kaffee und Kuchen eingeladen. Diese Zusammenkunft hat Tradition und dient dazu, mit Körperbehinderten über deren alltägliche Problemstellungen in Frankfurt am Main zu sprechen. Rund 100 Gäste kamen in das Haus Ronneburg im Stadtteil Preungesheim. Seit einigen Jahren wird das Treffen in diesem Haus der SAALBAU veranstaltet, denn es ist vorbildlich behindertengerecht gebaut. Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann und Fraktionschef Uwe Becker begrüßten die Anwesenden sowie Mitglieder

des Vorstandes der Fraternität der Körperbehinderten und Langzeitkranken. Für Unterhaltung sorgte eine Tanzgruppe des Karnevalvereins Die Spinner von 1951 e. V. (jr)



Gut besucht: Zahlreiche Gäste kamen zu Kaffee und Kuchen in das Haus Ronneburg.

Oberbürgermeisterin Petra Roth besuchte St. Katharinen- und Weißfrauenstift in Sossenheim

Frische Primeln zum Weltfrauentag

Anlässlich des Weltfrauentages 2006 besuchten Oberbürgermeisterin Petra Roth, Stadtrat Günter Weißenseel und der Vorsitzende der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Uwe Becker, das Wohnstift des St. Katharinen- und Weißfrauenstifts im Stadtteil Sossenheim. In diesem Wohnstift wurde ein nachbarschaftliches Wohnkonzept verwirklicht, das auf die Selbständigkeit und die Selbsthilfe der Bewohnerinnen setzt. Eine große Rolle spielt dabei auch die Kommunikation zwischen den Stiftsdamen. Deshalb wurden die 31 hell und geräumig angelegten Wohnungen um ein lichtdurchflutetes Atrium angeordnet, das eine Marktplatzfunktion haben soll. Rund um diesen Bereich vor den Wohnungszugängen befinden sich Galerien, die ebenfalls zu einem Plausch animieren. Ziel ist, die positiven Kräfte

der Bewohnerinnen zu aktivieren und der Vereinsamung entgegenzuwirken. So kann jede Bewohnerin der Seniorenanlage ihren Tagesablauf selbst gestalten. Die hell und geräumig angelegten Wohnungen sind so ausge-



Die Bewohnerinnen des St. Katharinenstifts, auch »Stiftsdamen« genannt, freuten sich sehr über den Besuch der Oberbürgermeisterin, die beim Verteilen der Primeln tatkräftig von Fraktionschef Uwe Becker unterstützt wurde. Im Bild links: Stadtrat Günter Weißenseel.

stattet, dass jede Bewohnerin die Mahlzeiten selbst zubereiten kann, sofern nicht der Mittagstisch im benachbarten Victor-Gollancz-Haus aufgesucht wird. Mieterversammlungen sind aber auch Gelegenheit zum gemeinsamen Frühstück im Haus.

Oberbürgermeisterin Petra Roth, die zusammen mit Stadtrat Weißenseel und Fraktionschef Becker frische Primeln an die Hausbewohnerinnen verteilte, zeigte sich erfreut über das moderne Konzept des Hauses. Und auch noch eine richtig gute Nachricht konnte Stadtrat Weißenseel verkünden: »Nach der Fußball-WM wird endlich die Fußgängerampel über die Kurmainzer Straße gebaut. Dann können die Stiftsdamen und alle Sossenheimer die Straße in Höhe der Bushaltestelle sehr viel sicherer überqueren.« (jr)

Plan der Ortsumfahrung Praunheim (grün).
Mit roten Punkten eingezeichnet: Die sogenannte Schultrasse als weitgehend tunnelgeführte Verlängerung der Umgehung Praunheim zum Nordwestzentrum.



Bild: CDU-Fraktion

CDU-Fraktion setzt auf die Tunnellösung ab Praunheimer Weg

Ortsumfahrung Praunheim entlastet auch Nordweststadt

Zu einem Ortstermin in der Rushhour traf sich der Fraktionsarbeitskreis Verkehr an der Kreuzung Heerstraße/Alt Praunheim, um sich an Ort und Stelle ein Bild von der Verkehrsbelastung in Praunheim zu machen. 20.000



Bild: Weis

Viel Verkehr in kleinen Räumen: Die CDU-Stadtverordneten Thomas Rätzke, Helmut Heuser und Bernhard Mertens (v. l.) schauten sich die Verkehrssituation im Ortskern von Alt-Praunheim an. Im Bild rechts: Christian Wernet (CDU), stellvertretender Ortsvorsteher des Ortsbeirates 7.

Fahrzeuge bewegen sich täglich durch die Heerstraße östlich der Ludwig-Landmann-Straße. Insbesondere die Anwohner der May-Siedlung an der Heerstraße und die Bewohner von Alt-Praunheim müssen dadurch seit Jahrzehnten eine erheblich Lärm- und Abgasbelastung hinnehmen. Bis 2015 prognostiziert der Gesamtverkehrsplan für die Heerstraße eine weitere Zunahme um rund 2.000 Fahrzeugbewegungen pro Tag. Nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion ist deshalb die Zeit reif für den Bau der im Gesamtverkehrsplan (GVP) vorgesehenen Ortsumfahrung Praunheim. »Wir wollen die Verkehrsentslastung von Praunheim, den direkten Anschluss des neuen Gewerbegebietes Heerstraße und die Anbindung der Umfahrung durch einen Tunnel an die Dillenburger Straße und den

Erich-Ollenhauer-Ring«, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Heuser. Die GVP-Prognose geht von einer Verkehrsentslastung auf der Heerstraße um 48 Prozent auf 11.400 Fahrzeugbewegungen aus. »Auch Hauptstraßen in der Nordweststadt wie der Praunheimer Weg, die Bernadottestraße und der Hammarskjöldring werden durch die Umgehung spürbar entlastet«, erläuterte Heuser die Vorteile der bereits in den sechziger Jahren diskutierten Schnellstraße. Der Stadtverordnete stellte auch noch einmal klar, dass die CDU-Fraktion ein Ende der Umfahrung am Praunheimer Weg nicht akzeptieren werde und Planungsrecht für die Gesamtlösung mit Tunnel unter der Europäischen Schule geschaffen werden soll. (jr)

CDU-Fraktion befürwortet Umbau der Stationen Musterschule und Glauburgstraße

Bequemes Einsteigen in die U-Bahn

Noch 2006 wird eine Entscheidung über den barrierefreien Umbau der Haltestellen Musterschule und Glauburgstraße fallen. Zurzeit müssen Fahrgäste der U 5 über mehrere Stufen einen Meter hoch in den Wagen steigen – für ältere und gehbehinderte Menschen oder Mütter mit Kinderwagen eine Zumutung. Nachdem sich die Stadtverordnetenversammlung durch Verabschiedung des Gesamtverkehrsplanes für einen dauerhaften Betrieb der U 5 als Stadtbahn ausgesprochen hat, sind sich Fachämter und die Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) nun einig über die Notwendigkeit von Hochbahnsteigen an den oberirdischen Stationen diesseits und jenseits des Alleinrings. Bis 2010 sollen die Umbauten abgeschlossen sein. Ein großes Problem sind dabei die Haltepunkte Glauburgstraße und Musterschule, da nur knapper Verkehrsraum zur Verfügung steht. Der Arbeitskreis Verkehr der CDU-Fraktion überzeugte sich vor Ort, dass auch an diesen beiden Stationen Hochbahnsteige möglich sind, die das Straßenbild schonen. (jr)



Bild: Roberg

An der Musterschule soll ein Hochbahnsteig zwischen Rapp- und Hebelstraße entstehen. Im Bild (v. l.): Stadtverordneter Bernhard Mertens, Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann, die Stadtverordneten Helmut Heuser und Anne Bender sowie Michael Fella, Verkehrsreferent der CDU-Fraktion.

Gunter Matthei erhielt Bundesverdienstkreuz am Bande

Von der Spree an den Main



Bild: privat
Feierstunde im Römer: Stadtältester Gunter Matthei mit Gattin Theodora.

Aus der Geschichte des Jugend- und Sozialausschusses der Stadtverordnetenversammlung ist Gunter Matthei nicht wegzudenken. Denn sein besonderes Interesse galt stets der Lösung sozialer Fragen. Die Zukunft der Jugendlichen lag und liegt ihm am Herzen. Noch heute ist er aktives Mitglied der Interessengemeinschaft zur Förderung der Jugendarbeit in der Nordweststadt. Über 20 Jahre, von 1972 bis 1993, gehörte der Stadtälteste dem Römer-Parlament an. Dabei ist Matthei kein gebürtiger Frankfurter. Sein markanter Dialekt legt es nahe. Matthei kam 1965 aus beruflichen Gründen von der Spree an den Main. Zuvor hatte er bewegende Jahre im geteilten Berlin erlebt. Das SED-Regime war ihm und seiner Ehefrau nicht freundlich gesonnen. Zwischenzeitlich nach

West-Berlin gekommen, konstruierte der gelernte Uhrmachermeister nach dem Mauerbau in einjähriger Nacharbeit mit Hilfe eines Freundes ein Mini-U-Boot, fuhr nachts durch den Wannsee ans Ostufer und verhalf damit 1963 vier DDR-Bürgern zur Flucht in den Westen. Diese Episode zeigt: Freiheit und Demokratie sind dem Geehrten ein hohes Gut; im Westen hat er sich deshalb bald parteipolitisch engagiert, als Stadtverordneter und als Vorsitzender der CDU-Bezirksgruppe im Frankfurter Stadtteil Rödelheim/Hausen, der ihm zunächst zur zweiten Heimat wurde. »An Frankfurt gefällt mir die Liberalität, an Berlin das Weltstadtniveau«, bekannte der 78-Jährige, als ihm Oberbürgermeisterin Petra Roth am 2. März im altehrwürdigen Limpurgsaal des Frankfurter Römer das Bundesverdienstkreuz am Bande überreichte. Zu viel der Ehre, wie der kantige Altgediente der CDU-Fraktion freimütig bekennt. Kommunalpolitisch tätig zu sein, so sagt er, habe er doch stets als Bürgerpflicht empfunden. (jr)

OB Petra Roth überreichte Frankfurter Musikpreis

Ehrung für Rock-Veteranen Peter Gabriel

Peter Gabriel (56), Gründer der legendären britischen Band Genesis, erhielt aus den Händen von Oberbürgermeisterin Petra Roth den Frankfurter Musikpreis 2006. Die Auszeichnung ist mit 15.000 Euro dotiert. Zahlreiche Fans reichten dem Briten im Forum der Messe Frankfurt alte Langspielplatten und erbaten Autogramme. Die Laudatio vor rund 400 Gästen hielt Oliviero Toscani. Der Geehrte dankte mit einem Film, der Stationen seines Lebens zeigte: alte Bühnenszenen mit Genesis und Ausschnitte seiner späteren Solokarriere als Pop-Barde. »Der Preis zeichnet nicht nur Gabriels sängerische Leistungen aus, sondern auch die gezielte Förderung junger Musiktalente, die dem Superstar noch immer ein großes Anliegen ist«, sagte CDU-Fraktionschef Uwe Becker. (jr)



»Ich bin glücklich und fühle mich geehrt«, sagte Peter Gabriel nachdem OB Petra Roth bekannt hatte, auch noch nach 20 Jahren zu Songs wie »Sledgehammer« gerne zu tanzen.

Nachruf – Gerd Riechemeier (1936-2006)

Am 11. März verstarb plötzlich und unerwartet der Stadtverordnete Gerd Riechemeier. Mit Gerd Riechemeier verliert die CDU einen profilierten und erfahrenen Kommunalpolitiker für Bergen-Enkheim und für die Stadt Frankfurt am Main.

Der CDU-Kreisvorsitzende Udo Corts und der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker würdigen den Verstorbenen.



Die CDU Frankfurt hat ihre Parteitage häufig in der Stadthalle Bergen abgehalten und es war mehr als eine höfliche Redewendung, wenn dort Gerd Riechemeier als der heimliche Bürgermeister von Bergen-Enkheim begrüßt wurde. Es gibt wenige Politiker, die so sehr mit einem Stadtteil identifiziert worden sind. 1936 gegenüber dem Rathaus in Bergen geboren hat sich Gerd Riechemeier schon früh auf die Politik eingelassen. Er war von 1958 bis 2003, also 45 Jahre lang, Vorsitzender der CDU Bergen-Enkheim und hat in dieser Zeit die CDU zur bestimmenden Kraft in Bergen-Enkheim ausbauen können. Dass die CDU heute im Ortsbeirat in Bergen-Enkheim die stärkste Fraktion ist, hat sie maßgeblich dem Einsatz von Gerd Riechemeier zu verdanken.

Viele Jahre lang hat er für die noch selbständige Stadt Bergen-Enkheim dem Kreistag des Landkreises Hanau angehört, von 1964 bis 1974 als CDU-Fraktionsvorsitzender. Von 1974 bis 1977 war er Mitglied im neu gegründeten Kreistag des Main-Kinzig-Kreises und Vorsitzender des Hauptausschusses.

Als 1977 Bergen-Enkheim neuer Stadtteil von Frankfurt wurde, hat Gerd Riechemeier »seinen« Stadtteil im Frankfurter Römer vertreten. Dort war er Mitglied des Fraktionsvorstandes und unter anderem von 1977 bis 1993 Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss, seit 2001 im Ältestenausschuss und von 1977 bis 2006 im Wirt-

schaftsausschuss, dessen Vorsitzender er 2000-2001 war. Dem Präsidium der Stadtverordnetenversammlung hat er von 1993 bis 2000 und wieder ab 2001 angehört. Von 1977 bis 2006 war er Mitglied im Kreisvorstand der Frankfurter CDU.

In seiner Heimatstadt war er Mitglied im Ortsbeirat von 1977 bis 1986 sowie 1989, 1993 und seit 1997. Von 1985 bis 1989 und von 1993 bis 1997 war er Stadtbezirksvorsteher, von 1981 bis 1985 und seit 1997 war er Ortsvorsteher von Bergen-Enkheim.

Riechemeier war Kommunalpolitiker mit Leib und Seele, im Stadtteil verwurzelt und präsent. Seine gemütlich-joviale Art konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass er es verstand, seine Anliegen mit großem Nachdruck und taktischem Geschick zu verfolgen. Zuweilen ist er als ein »Urgestein« der CDU bezeichnet worden. Das war er auch deshalb, weil er bisweilen kantig sein konnte, unbequem, aber immer an der Sache orientiert.

Im Stadtparlament wurde, auch über die Parteien hinweg, seine Kollegialität ebenso geschätzt wie sein Sachverstand. Die scharfe persönliche Auseinandersetzung war seine Sache nicht; er hat den politischen Gegner als Mitbewerber respektiert und so auch in der sachlichen Auseinandersetzung demokratische politische Kultur vorgelebt. Für sein ehrenamtliches Engagement ist er zuletzt 1989 mit der Römerplakette in Gold geehrt worden.



Wissenschaftsminister Udo Corts nimmt Stellung zum Gesetzentwurf der Landesregierung

Studienbeiträge in Hessen – eine Investition in die Zukunft

Ein Interview mit Udo Corts, Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst.

Wo stehen wir?

Nie zuvor ist soviel Geld für die hessischen Hochschulen ausgegeben worden wie unter der von Roland Koch geführten Landesregierung. Jährlich wenden wir hierfür rund 1,2 Milliarden Euro (im Vergleich zum letzten Jahr unter Rot-Grün 1998: 963 Millionen Euro) auf.

Unsere Nachbarländer Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bereiten die Einführung allgemeiner Studienbeiträge spätestens zum Wintersemester 2007/2008 vor.

Was sind die Folgen?

Wenn wir jetzt nicht reagieren, werden Hochschul- und Studienqualität in Hessen massiv Schaden nehmen. In den uns umgebenden Bundesländern werden die Studienbeiträge zu einer deutlichen Verbesserung der Hochschulfinanzierung und der Qualität in der Lehre führen. Gleichzeitig käme es zu einer Studierendenschwemme nach Hessen, der nur mit der flächendeckenden Einführung von radikalen Zulassungsbeschränkungen begegnet werden könnte. Hessische Landeskinder wären hiervon besonders betroffen. Sie müssten vermehrt auf Hochschulen außerhalb Hessens ausweichen. Kinder aus sozial benachteiligten Familien könnten oft nicht in der Nähe ihres Wohnorts studieren.

Was wollen wir?

Hessen braucht national wie international attraktive und wettbewerbsfähige Hochschulen. Vergleiche zu anderen Industrienationen zeigen, dass wir mehr gut ausgebildete und leistungsfähige Hochschulabsolventen benötigen.

Wie erreichen wir dieses Ziel?

Da die staatlichen Mittel allein nicht zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen ausreichen, hat die Landesregierung beschlossen, zum Wintersemester 2007/2008 an den hessischen Hochschulen allgemeine Studienbeiträge einzuführen.

Ausgehend von grundsätzlich 500 Euro pro Semester für jeden Studierenden im Erststudium bedeutet dies rund 135 Millionen Euro zusätzlich. Diese werden ungeschmälert und auf unmittelbarem Weg an die Hochschulen gehen. Kein einziger Cent hiervon wird in den Landeshaushalt fließen! Die Einnahmen sind von den Hochschulen ausschließlich zur Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen zu verwenden. Sie kommen damit den Studierenden unmittelbar zugute.

Ist dies sozial gerecht?

Ja. Durch die Verbesserung der Betreuungsdensität, dadurch verkürzte Studienzeiten und verringerte Abbruchquoten werden die individuellen finanziellen Aufwendungen reduziert.

Da die Gesamtkosten aus Steuermitteln etwa für ein Studium der Sozialwissenschaften rund 25.000 Euro, für ein Medizinstudium rund 150.000 Euro betragen, sind Studienbeiträge ferner nur eine anteilige Mitfinanzierung. Und dies, während in Ausbildungsberufen oder bei der Qualifizierung zum Meister die – bis zu fünfstelligen – Kosten in der Regel vollständig

von den Betroffenen selbst getragen werden.

Außerdem beziehen Hochschulabsolventen in der Regel ein überdurchschnittliches Gehalt und sind unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Dennoch zahlt gegenwärtig der überwiegende Bevölkerungsanteil der Nichtakademiker über die Steuern den Akademikern ihr (kostenloses) Studium. Gleichzeitig finanzieren einkommensschwächere Familien, aus denen immer noch zu wenige Kinder studieren, das Studium der Kinder aus einkommensstärkeren Familien.

Dafür, dass niemand aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten muss, sorgt in unserem Modell ein Darlehensanspruch, den grundsätzlich jeder Studierende gegenüber der Landestreuhandstelle hat. Das günstig verzinsliche Darlehen wird unabhängig vom gewählten Studiengang und unabhängig von der Bonität des Studierenden gewährt.

Mit der Darlehensrückzahlung muss – ggf. in überschaubaren Raten – erst frühestens zwei Jahre nach Beendigung des Studiums begonnen werden und dies auch nur dann, wenn bestimmte Einkommensgrenzen überschritten werden.

Im übrigen werden im Gesetz besondere Studiensituationen berücksichtigt, die zur Beitragsbefreiung oder -ermäßigung führen können. Hierzu zählen u. a. Kindererziehung, Pflege naher Angehöriger, Behinderung, Begabtenförderung, Auslandssemester und Beurlaubung.

Fazit

Der Studienbeitrag ist fair, finanzierbar und sozial ausgewogen. Er wird in Hessen zu einer massiven Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität des Studiums führen. (Weitere Informationen unter www.hmwk.hessen.de)



Bild: CDU-Frankfurt


FRANKFURT magazin


fragt!

Udo Corts antwortet

Der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Staatsminister Udo Corts, wurde am 26. Februar 1955 in Hannover geboren. Von 1976 bis 1982 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Gießen und Bonn. Von 1983 bis 1986 leistete Corts sein Referendariat ab, das er mit der Zweiten Juristischen Staatsprüfung abschloss. 1986 bis 1995 war er u. a. Personal- und Haushaltsreferent im Bundespresseamt in Bonn sowie Pressereferent der Deutschen Botschaft in Canberra, Australien.

Von 1995 bis 1999 war er Stadtrat und Dezernent für Bau, Verkehr und Sicherheit der Stadt Frankfurt am Main. Seit 1997 ist Udo Corts Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU. Von 1999 bis 2003 war er Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport. Seit 2003 ist Udo Corts Mitglied im Hessischen Landtag für den Wahlkreis 38 (Frankfurt am Main V), seit April 2003 Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst.



Staatsminister Udo Corts verlieh dem Schauspieler Claus Theo Gärtner, bekannt als Detektiv Matula aus der erfolgreichen ZDF-Fernsehserie »Ein Fall für Zwei«, das Bundesverdienstkreuz am Bande.



Wenn nicht hier, wo würden Sie gerne leben? »Eigentlich nur in Frankfurt, aber wenn es Frankfurt nicht gäbe, dann in Sydney/Australien.«

Was sind Ihre liebsten Freizeitbeschäftigungen? »Bei Wind und Wetter am Meer laufen, für Freunde kochen, Familienleben, fremde Länder entdecken.«

Welches Talent hätten Sie gerne? »Auf der Klarinette zu improvisieren.«

Ihr Hauptcharakterzug? »Leben und leben lassen, dabei den Tag nutzen.«

Wer oder was hätten Sie gerne sein mögen und warum? »Landwirt in Ostholstein, wie mein Großvater.«

Ihr/e Lieblingsheld/in in der Geschichte, Gegenwart oder Dichtung? »Albert Einstein, Michail Gorbatschow.«

Traditionen, die Sie nicht missen möchten? »Weihnachten mit der Familie feiern.«

Was bringen Sie »spontan« mit der CDU in Verbindung? »Westbindung der jungen Bundesrepublik Deutschland und Wille zur deutschen Einheit.«

Mit welcher Person würden Sie gerne mal über politische Themen diskutieren und warum? »Henry Kissinger über Deutschland und die Deutschen gestern, heute und morgen. Er kennt Deutschland und die Deutschen von innen und außen!«

Welchen Job in der Politik würden Sie gerne mal für vier Wochen ausüben? »Bürgermeister von New York.«

Welches Buch lesen Sie gerade? »Die Glyx-Diät von Marion Grillparzer.«

Wer ist Ihr Lieblingsschriftsteller? »Thomas und Heinrich Mann, Walter Kempowski, Erich Maria Remarque.«

Ihr Lebensmotto? »Quidquid agis, prudenter agas et respice finem – was auch immer du tust, tue es klug und bedenke das Ende.«



Bild: photocase.com

Wir machen Politik rund.

Die Frankfurter Partei.

